

Sicherheit und Bürgernähe

Im Nachgang zum 11. September konnte man immer wieder davon lesen, dass Freiheit der Preis sei, den eine Gesellschaft für ihre Sicherheit bezahlen muss. Wir werden derzeit im Kleinen Zeugen dieses Phänomens.

Als Amtschef B. kürzlich zum Zwecke einer Sitzung das Kaspar-Escher-Haus betreten wollte, nannte er am Empfang den Namen seines Gastgebers. Doch der Name war kompliziert und so fand man den Gesuchten nicht im Computer. Auch nach dem Vorgesetzten des Gastgebers wurde vergeblich gesucht. Im Gegensatz zu Ersterem hat dieser einen viel zu häufig vorkommenden Namen. Der Amtschef stand weiter vor verschlossenen Türen. Letztlich fragte er nach meinem Namen. Und - ich gestehe - ich bin etwas erleichtert, dass man wenigstens mich kennt; angesichts meiner kurzen Amtsdauer hier im Hause ist das ja auch alles andere als selbstverständlich.

Der Amtschef durfte das Gebäude doch noch betreten. Der Tag war gerettet. Ich nehme an, er hat das Haus auch wieder verlassen können, denn er ist schlank. Damit ist er bei gewissen Ein- und Ausgängen eindeutig im Vorteil, vorausgesetzt, er führt kein Gepäck mit sich.

Die Begeisterung über Vereinzelungsanlagen hält sich bei mir in sehr engen Grenzen. Vor allem dann, wenn sie kein Durchkommen mit mehr als einer Mappe zulassen und fallweise Passanten stecken bleiben wie im gläsernen Käfig.

In einem Land mit sprichwörtlicher Bürgernähe der Politik ist auch in Zeiten der Anspannung ein gewisses Risiko mitzurechnen. Nicht ganz zu Unrecht empfinden Mitarbeitende die neuen Schleusen als Schikane. Und hoffen, im Brandfall der Falle zu entkommen. Wer gerne die Luft der Freiheit spürt wie ich, wird länger brauchen, um sich daran zu gewöhnen als andere.

Der obligate „Batch“ ist wie das Internet nicht mehr aus unserem Alltag wegzudenken. Die Zunahme an „Sperrgebieten“ für die breite Öffentlichkeit bedauerlicherweise auch.

Andererseits bringen Türen durchaus auch einen gewissen Nutzen. Horrorgeschichten über gestohlene Portemonnaies und durch Gänge huschende Gestalten gehören nun hoffentlich der Vergangenheit an.

Doch denken wir daran: Je mehr Menschen ausgeschlossen werden, umso höher wird der Druck, einzubrechen. Und umgekehrt!

Martin Graf
Direktor der Justiz und des Innern
Oktober 2011